

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar

Erste Auflage

Lektorat und Layout:
Simon Mugier

Lektorat der englischen Texte:
Anthony Grand Guillaume Perrenoud

Alle Rechte vorbehalten
Basel 2014
© by edition gesowip Basel/Switzerland

ISBN 978-3-906129-72-3

Ueli Mäder
Barbara Schürch
Simon Mugier
(Hrsg.)

Reconciliation

Vergeben ohne zu vergessen?

edition gesowip

Inhaltsverzeichnis

- Ueli Mäder, Barbara Schürch, Simon Mugier
Einleitung *Seite 7*
- Ueli Mäder
Reconciliation und soziale Gerechtigkeit *Seite 15*
Verständigung im Kontext wachsender Ungleichheit
- Barbara Schürch und Miryam Eser
Konzept Reconciliation *Seite 29*
Friedensarbeit und Konfliktbewältigung
- Richard Friedli
Versöhnung ohne Kapitulation *Seite 53*
Ein Werkstattbericht
- Miryam Eser und Barbara Schürch
Reconciliation und ethnische Konflikte *Seite 79*
- Jasna Zečević
Rehabilitation and Reconciliation *Seite 91*
Experiences from Bosnia and Herzegovina I
- Esmina Avdibegović
**Ethnic Conflict, Mental Health,
and Reconciliation** *Seite 113*
Experiences from Bosnia and Herzegovina II

Beatrice Inglin-Buomberger Ombudsstelle Basel-Stadt Versöhnung zwischen Staat und Bürger	<i>Seite 139</i>
Eva Tov Häusliche Gewalt und Reconciliation (I) Empirische Befunde	<i>Seite 161</i>
Brigitte Kämpf Häusliche Gewalt und Reconciliation (II) Behördliche Interventionen	<i>Seite 187</i>
Michael Zirkler Reconciliation in postmodernen Arbeitsverhältnissen	<i>Seite 211</i>
Saskia Mäder Verantwortlich handeln Essays von Studierenden	<i>Seite 225</i>
Über die Autorinnen und Autoren	<i>Seite 233</i>

Reconciliation und soziale Gerechtigkeit

Verständigung im Kontext wachsender Ungleichheit

Versöhnung ist ein hoher Anspruch. Und ein Prozess. Versöhnung bringt Menschen zusammen. Und das hilft. Die Chancen haben allerdings Grenzen. Gerade bei sozialen Ungleichheiten. Hier sind vor allem auch strukturelle Veränderungen nötig, damit mehr Verständigung möglich ist.

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Ausmass über begehrte Güter verfügen – über Ansehen, Wohlstand und Macht. Als soziale Ungleichheiten bezeichnet René Levy «die Tatsache, dass wichtige soziale Güter nicht für alle Mitglieder einer Gruppe oder Gesellschaft gleich zugänglich sind»¹. Die Unterschiede hängen weitgehend von der Verteilung wichtiger Ressourcen ab. Zudem von vorherrschenden Werten und der sozialen Sicherung. Soziale Ungleichheiten gibt es wohl in allen Gesellschaften. Sie sind jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Mechanismen der Macht entscheiden stark mit, wer über welchen Einfluss und über welche gesellschaftliche Position verfügt. Das ist mit ein Grund, weshalb viele Privilegierte wenig daran interessiert sind, ihre Ausstattung und Netzwerke transparent zu machen. Wirtschaftliche Ungleichheiten, die sich im Widerstreit mit Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit befinden, werden auch gerne weg definiert oder als quasi natürlich akzeptiert. Was als soziale

¹Levy 2003, S. 286

Ungleichheit gilt, ist mehr herrschaftlich dominiert, denn demokratisch legitimiert.

Machtpolitische Interessen

Weniger als zwanzig Prozent der Erdbevölkerung verfügen über mehr als achtzig Prozent des Welt-Brutto-Sozialprodukts. Sie verbrauchen in den reichsten Regionen über achtzig Prozent der Ressourcen. Das ist längst bekannt. Trotzdem leiden 800 Millionen Menschen an Unterernährung, obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden sind. Verarmte Zonen befinden sich mitten im Reichtum. Und seit Mitte des 20. Jahrhunderts starben mehr Menschen durch soziale Not als durch Krieg. Soziale Ungleichheiten sind also zentral. Sei es beim Kampf um Nahrung, Wasser oder Öl. Ob Knappheit oder Überfluss, der unterschiedliche Zugang zu Ressourcen verursacht Spannungen. Er prägt aktuelle Konfliktdynamiken und treibt Menschen zur Flucht. Dabei mögen zuweilen unterschiedliche kulturelle Hintergründe eine Rolle spielen. Zentral sind jedoch meistens machtpolitische Interessen. So kennzeichnen vor allem ökonomische und politische Verflechtungen die Globalisierung. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des demokratisch gesellschaftlichen Korrektivs ab. Das gilt zumindest für den Zeitraum von 1989 bis 2009. Und wenn sich soziale Verbindlichkeiten aufweichen, besteht die Gefahr, dass Verunsicherungen autoritäre Kräfte stärken.

Hinzu kommt: Der Welthandel und die Finanzströme sind sehr zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken – im Vergleich – jene für

Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele südliche Regionen mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Druck, die Produktion zu rationalisieren. Maschinen ersetzen menschliche Arbeit. Die steigende Produktivität erhöht in weniger Zeit den Erlös. Aber wenn es mit der Verteilung hapert, verbreiten sich Arbeitslosigkeit und knappe Einkommen. So bleiben eklatante Ungerechtigkeiten bestehen.

Konzentration wirtschaftlicher Kräfte

Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren. Sie nehmen an, dass der implantierte Wohlstand allmählich ins «Hinterland» sickert. Der erhoffte Effekt lässt jedoch auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Und die wirtschaftliche Macht konzentriert sich. 500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Ihr Umsatz übersteigt die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts.² Und nach der ETH-Studie «The Network of Global Corporate Control»³ kontrollieren 147 Konzerne 40 Prozent des Kapitals aller multinationalen Konzerne. Wenn das so weiter geht, wird es gefährlich. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Das Aufweichen bestehender Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit

² BaZ, 12.3.2012

³ Vitali 2011

dem einseitig wirtschaftlich dominierten Globalismus formieren sich neue fundamentalistische Strömungen. Wenn der Welthandel und die Finanzströme vornehmlich zentrumsorientiert funktionieren, relativieren sie die Globalisierung. Dies auch deshalb, weil so weite Bevölkerungsteile ausgeklammert bleiben. Der ungleiche Tausch beschert vielen Entwicklungsregionen erhebliche Verluste. Er erhöht die soziale Ungleichheit. Die Konzentration wirtschaftlicher Kräfte «refeudalisiert» die Besitzverhältnisse und evoziert soziale Konflikte. Dies im Unterschied zu einer auf Ausgleich bedachten Globalität, die politisch, sozial und kulturell verknüpft ist.

Das modernisierungstheoretische Credo plädiert dafür, die (Welt-)Märkte rigoros zu liberalisieren und Entwicklungsregionen in die kapitalistische Wirtschaft zu integrieren. Wenn Ungleiches aber gleich behandelt wird, bleibt es ungleich. Die Terms of Trade polarisieren so Arm und Reich. Daher tendieren einzelne Länder des Südens dazu, den Weltmarkt selektiver zu nutzen. Gemeinsam wollen sie die Konditionen des wirtschaftlichen Austauschs mehr mitbestimmen. Den Öl produzierenden Ländern gelang das zu Beginn der 1970er-Jahre. Damals entstand auch die Konzeption einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mit der neuen, westlich dominierten Weltordnung zu verwechseln ist. Weitere Versuche alternativer Kooperation scheiterten jedoch. So das mittelamerikanische Bananenkartell. Es kam gegen die Kartelle multinationaler Konzerne nicht an. Wie beim Kaffee und Kakao. Auch hier dominieren private Monopole den weltweiten Umsatz. Die Konzerne predigen den Markt und unterlaufen ihn mit Absprachen. Mehrere Entwicklungsregionen reagieren mit protektionistischen Massnahmen auf die einseitige Abhängigkeit. Sie versuchen, ihre Produktion zu diversifizieren und konzentrierten sich darauf, die eigenen Produktivkräfte zu entwickeln. Dies im

Sinne einer dissoziativen Self-Reliance. Und mit der Absicht, den Weltmarkt später einmal so zu nutzen, dass er – komplementär – zum Vorteil aller Beteiligten gereicht.

Einseitige Abhängigkeiten mindern

Die Strategie der Self-Reliance strebt keine nationale Autarkie an. Sie führte in den 1970er-Jahren dazu, die Grundbedürfnisse besser zu berücksichtigen. Das erwies sich als viel versprechend. Das eigentlich erfreuliche Aufbrechen der Berliner Mauer und des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch den Globalismus. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung gewährten. Andere Regionen wurden unfreiwillig abgekoppelt. Das macht heute eine eigenständige Entwicklung schwierig, aber umso notwendiger. Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) genügte den südlichen Kontinenten die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien transnationaler Formationen bündeln erstens Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen. Sie unterscheiden diese zweitens von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpft. Hinzu kommen drittens progressiv kommunitäre Ansätze, die darauf abzielen, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Sie streben

keine Weltregierung an, sondern eine stärkere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Dieser Schulterschluss soll den sozialen Zusammenhalt global festigen und ein autoritäres 21. Jahrhundert verhindern.

Während der Globalismus borniert nationalistische und provinzielle Kräfte stärkt, intendiert die Globalität eine internationale Solidarität. Sie strebt einen sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich an, der auch übergreifend regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen, welche die Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anpassen, könnten wesentlich dazu beitragen. Von solchen Massnahmen profitieren allerdings auch einzelne Eliten in südlichen Ländern. Daher ist es wichtig, sich sowohl für gerechtere Preise als auch dafür zu engagieren, die politischen Strukturen weiter zu demokratisieren. Ansätze der Dependenztheorie zielen darauf ab, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Entsprechende internationale Vereinbarungen müssen – nebst der materiellen und sozialen Existenzsicherung – auch die Menschenrechte einbeziehen. Die kollektive Eigenständigkeit baut auf eine Entwicklung von unten und auf Prozesse internationaler Verständigung.

Verständigung lässt sich nicht herbei managen. Sie ist ein Prozess, der stets neu zu gestalten ist. Wir müssen uns immer wieder verständigen: mit uns selbst, mit andern und mit einer Welt, die sich hoffentlich auf mehr Frieden hin bewegt. Ob das gelingt, hängt unter anderem davon ab, wie sich Menschen engagieren und über den Frieden verständigen. Frieden lässt sich nicht verordnen. Frieden hat viel mit Teilnahme und Teilhabe zu tun. Methoden der Mediation sind dabei gewiss hilfreich, aber von beschränkter Reichweite, wenn es darum geht, Frieden im Sinne eines sozialen Ausgleichs zu verankern. Da zeigen sich Grenzen der «Versöhnung». Vor allem, wenn diese wichtige Machtfaktoren vernachlässigt.

Verständigung muss Interessen offen legen und friedliche Prozesse strukturell festigen. Global und regional. Zentral ist die egalitäre Teilhabe breiter Bevölkerungskreise. Hinzu kommt die Bereitschaft zur Selbstreflexion. Sie impliziert auch eine verstehende Kommunikation. Und zwar mit allen Involvierten. Zudem mit dem, was uns fremd ist. Aber was bedeutet das?

Differenz respektieren

Wenn wir fragen, wie wir das Andere bzw. Fremde verstehen, unterstellen wir, dass es möglich ist, Fremdes zu verstehen. Aber verstehen wir Fremdes? Wenn Fremdes das ist, was wir nicht verstehen, müsste unsere Frage anders lauten. Es sei denn, wir verstehen Fremdes am ehesten, indem wir es nicht verstehen. Dabei interessiert, wie kooperativ sich das Eigene und das Fremde zueinander im Konflikt befinden. Wer die Dynamik zwischen dem Eigenen und dem Fremden verstehen will, muss das Eigene im Fremden und das Fremde im Eigenen beziehungsweise das Fremde im Vertrauten entdecken. Dabei erscheint das Eigene als das Vertraute und das Fremde, mit dem sich das Eigene im Widerstreit befindet, als das Unvertraute. Verstehen meint auch den schwierigen Versuch, einen anderen Bezugsrahmen möglichst so wahrzunehmen, dass sich der subjektiv gemeinte Sinn (Max Weber) nachvollziehen lässt. Ob und wie wir Fremdes verstehen, hängt bei diesem heiklen Unterfangen unter anderem vom produktiven Umgang mit dem Konflikt zwischen dem Eigenen und dem Fremden ab. Das eigene Vertraute und das fremde Unvertraute sind allerdings keine klar voneinander trennbaren Bereiche. Es gibt viel Fremdes im Vertrauten und Vertrautes im Unvertrauten. Und das Vertraute im Unvertrauten ist nur scheinbar paradox.

Soziologe Georg Simmel⁴ verglich den Fremden mit einem Armen. Beide, der Fremde und der Arme, befinden sich in der Gesellschaft drinnen und draussen, nicht drinnen oder draussen. Der Fremde ist nicht der Wandernde, der heute kommt und morgen geht, sondern der, der heute kommt und morgen vielleicht bleibt. Nähe und Distanz bilden eine Einheit. Das Nahe ist fern, das Ferne nah. Der Fremde ist, wie der Arme, ein Zugehöriger, der sich meistens nur teilweise ausserhalb befindet. Weil er über wenig materielle Ressourcen verfügt, muss er besonders mobil und flexibel bleiben. Die verordnete Ungebundenheit bedeutet Zwang. Sie ermöglicht aber auch eine Beweglichkeit, die freiheitliche Momente beinhaltet und gerade deshalb Neid weckt und Vorurteile bestätigt. Um Stereotype zu verhindern, plädiert Gordon Allport⁵ dafür, persönliche Kontakte zu kultivieren. Nach seiner Annahme können häufige Kontakte und gute Kenntnisse Vorurteile auflösen. Wesentlich sind allerdings die Bedingungen, unter denen die Kontakte stattfinden. Möglichst enge Kooperationen tragen am ehesten dazu bei, Vorurteile abzubauen. Theodor Adorno führt die Vorurteile hingegen auf keinen Mangel an Kontakten zurück⁶. Sie wurzelten vielmehr in der inner-psychischen Dynamik des Individuums, die es psychoanalytisch und auf die Sozialisation bezogen zu deuten gilt.

Wichtig ist wohl eine Synthese dieser Ansätze. Zudem gilt es, zwischen sozialer und kultureller Fremdheit zu differenzieren. Die soziale Fremdheit thematisiert die ausgrenzende Nichtzugehörigkeit. Sie verlangt eine strukturell wirksame Integration. Die kulturelle Fremdheit beinhaltet indes die Chance, Unvertrautes bewusst und sinnlich erfahrbar zu machen. Das Eigene und das Fremde sind also eng miteinander

⁴ Simmel 1907, S.764

⁵ Allport 1954

⁶ Adorno 1950

verknüpft. Das Eigene ist keine feste Kategorie. Es besteht nicht aus einem wahren, inneren Kern, den es zu entdecken gilt. Das Eigene entsteht prozessual und befindet sich stets im Wandel. Unser Ich ist ein werdendes Ich, das sich permanent verändert und nie ganz fassen lässt. Auch das Vertraute ist uns nie ganz vertraut. Es bleibt stets ein wenig unvertraut. Wenn wir uns ihm annähern, entdecken wir Fremdes. So wie wir im Fremden auch viel Vertrautes entdecken, wenn wir es nicht durch ausschliessende Grenzen festzurren, um unser eigenes Ich zu stabilisieren.

So gibt es auch eine andere Nähe, eine Nähe durch Distanz. Eine Nähe durch Respekt vor dem Andern, das sich uns stets entzieht und weder fassen noch vereinnahmen lässt. Sich fremd fühlen kann auch eine Form sein, die Nicht-Akzeptanz des Fremden nicht zu akzeptieren. Dieses Verständnis kontrastiert und relativiert vielleicht das intentionale Verstehen der hermeneutischen Tradition. Das Fremde bleibt fremd, indem es sich dem Zugriff entzieht und nicht identifizieren lässt. Die Fremdheit verbindet also, indem sie bestehen bleibt. Sie hilft, das andere Ich als anderes Ich anzuerkennen. Die Akzeptanz setzt ein Ja zur Differenz voraus. Dazu gehört die Integration der eigenen Fremdheit. Sie ermöglicht eine Vertrautheit, die Ambivalenzen zulässt und darauf verzichtet, Ordnung durch rigide Normierung oder Homogenisierung herzustellen. Anstelle des symbiotisch Nahen oder des hochstilisiert Anderen ermöglicht das Selbstverständnis, dass Grenzen nur teilweise überwindbar sind, eine Vertrautheit mit sich und anderen. Und das kann – ohne voreilige Versöhnung – die Verständigung entscheidend fördern.

Politischer Wille und Mut

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Der Reichtum ist allerdings extrem einseitig verteilt. Ein Prozent

der privaten Steuerpflichtigen verfügen über mehr Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent. Die soziale Kluft gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Und die forcierte Konkurrenz unterläuft die Solidarität. Sie schwächt die demokratische Teilhabe und stärkt autoritäre Haltungen. Und da erweist sich die Reconciliation von beschränkter Reichweite. Wie das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» berichtet, besitzen die 300 Reichsten in der Schweiz 522 Milliarden Franken⁷. 1989 waren es noch 82 Milliarden. Dabei verdanken die Aufgestiegenen die Hälfte ihres Reichtums grossen Erbschaften: allein 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der gesamten Erbschaften. Und von den 40 Milliarden Franken, die im Jahr 2013 vererbt werden, erhalten Millionärinnen und Millionäre wiederum mehr als die Hälfte. Viele von ihnen betrachten diese Geschenke als persönliches Verdienst. Etlliche engagieren sich mit ihrem Geld aber auch kulturell und sozial. Daran lässt sich gewiss anknüpfen. Aber bitte ohne Illusionen. Zentral sind auch hier strukturelle Prozesse. Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Wichtige soziale Einrichtungen entstanden. So Versicherungen für alte, verwitwete und behinderte Menschen. Die sozialen Unterschiede nahmen ab. Politisch und wirtschaftlich Verantwortliche handelten gemeinsam verbindliche Rahmenbedingungen aus. Und der politische Liberalismus betrachtete die Arbeit und das Kapital als gleichwertig. Zu Beginn der 1970er-Jahre zählte die Schweiz rund hundert Arbeitslose. Mit der Vollbeschäftigung schien Armut passé zu sein. Die «neue Armut» bezog sich mehr auf Wohlstandsverwöhnte, die mangels Lebenssinn sozial abdrifteten. Aber das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen. Seit Ende der 1980er-Jahre setzt sich ein finanzkapitalistisches Regime durch, das Kapitalgewinne forciert, soziale Gegensätze

⁷ Bilanz 22/2012

legitimiert und die Produktion weiter rationalisiert. Wenn Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen, könnte uns das mehr Zeit und Geld beschern. Es hapert aber mit der Verteilung. So nimmt auch in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Und die verfügbaren Einkommen sinken in unteren Lohnkategorien. Das fordert die soziale Sicherheit heraus, die sich allerdings einseitig an der Erwerbsarbeit orientiert und neue Lebenslagen ignoriert.

Arm ist, wer seine existentiellen Bedürfnisse kaum befriedigen kann. Dazu gehört auch der Zugang zu sozialen und kulturellen Einrichtungen. Kinder sollen ein Musikinstrument spielen dürfen, Eltern ab und zu ins Kino oder Theater gehen. In der Schweiz sind fast eine halbe Million Menschen arbeitslos oder von der Sozialhilfe abhängig. Hinzu kommen erwerbstätige Arme: Working Poor. Der Bund weist weniger als 200'000 Personen als Working Poor aus, zählt dabei aber nur jene, die mindestens neunzig Prozent angestellt sind und weniger als 960 Franken zum Leben haben – nach Abzug der Ausgaben für das Wohnen und die Gesundheit. Kinder werden von dieser Definition ganz ignoriert. Werden sie einbezogen, dann verdoppelt sich die Summe jener, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind. 250'000 Kinder sind in der Schweiz von Armut betroffen. Die Armut beeinträchtigt ihre Gesundheit und ihr psychisches Wohl. Viele fühlen sich gestresst. Sie verlieren an Selbstwert, entwickeln Schulschwächen und helfen emotional stark mit, den familiären Zusammenhalt zu kitten. Der erfahrene Mangel prägt arme Kinder zeitlebens. Sie haben auch eine sechs Mal geringere Chance, ein Abitur zu machen, als Kinder von akademisch gebildeten Eltern. Dass die Armut inmitten des Reichtums stattfindet, macht sie nicht einfacher.

Viele sozial Benachteiligte meinen, ihre missliche Lage selbst verschuldet zu haben. «Ich hätte halt in der Schule besser aufpassen müssen, dann stünde ich heute auch bes-

ser da», sagte mir eine alleinerziehende Verkäuferin mit vier Kindern. Arme ziehen sich oft resigniert zurück oder flüchten vorwärts. Sie strengen sich enorm an, gelangen aber auf keinen grünen Zweig. Und dann hören sie von den abgehobenen Boni. Das empört viele. Den einen hilft die Wut, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Andere suchen Halt in populistischen Positionen, die simplifizieren und pauschalisieren, statt mühsam zu differenzieren. Ebenfalls enttäuscht sind Teile der Mittelschicht. Sie berücksichtigen das Motto: «sei mobil und flexibel» am stärksten. Und bislang taten sie das aus guten Gründen: die meisten konnten mit einem Stellenwechsel ihr Haushaltsbudget verbessern. Inzwischen häufen sich finanzielle Abstiege just bei beruflich Mobilien. So erleben auch gut qualifizierte Berufsleute, umher manövriert zu werden. Das verletzt und entmutigt viele. Wenn sich nun Reiche für mehr sozialen und demokratischen Ausgleich einsetzen, ist das gewiss erfreulich. Die Existenzsicherung ist aber eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie darf nicht vom Goodwill einzelner Reicher oder von Prozessen der Reconciliation abhängen. Vielmehr sind die unteren Löhne anzuheben und die soziale Sicherung auszuweiten. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Gefragt sind mehr politischer Wille und Mut. Dies im Sinne eines Graffitis an einer Berner Mauer: «Wir scheitern nicht an den Niederlagen, die wir erleiden, sondern an den Auseinandersetzungen, die wir nicht wagen.»

Quellen

- ADORNO, Theodor et. al. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York.
- ALLPORT, Gordon (1954): *The nature of prejudice*, Reading.
- BOURDIEU, Pierre (1986): *L'illusion biographique*, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 62/63, S. 69-72 (1950).
- BRECHT, Bertold (1971): *Geschichten vom Herrn Keuner*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- BRECHT, Bertold (1969): *Me-ti. Buch der Wendungen*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- LEVY, René (2003): *Soziale Ungleichheiten*, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin: *Wörterbuch der Sozialpolitik*, Rotpunktverlag, Zürich, S. 286-287.
- MAEDER, Christoph; Ueli Mäder; Sarah Schilliger (2009): *Krieg*, Seismo, Zürich.
- MÄDER, Ueli; Ganga Jey Aratnam; Sarah Schilliger (2010): *Wie Reiche denken und lenken*, Rotpunktverlag, Zürich.
- MÄDER, Ueli (2009): *Globale soziale Ungleichheit versus Verteilungsgerechtigkeit. Zur Interdependenz von Armut und Krieg*, in: *Österreichisches Studienzentrum*, 91-104.
- MÄDER, Ueli (2003): *Zivilgesellschaft*, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin: *Wörterbuch der Sozialpolitik*, Rotpunktverlag, Zürich, 366-367.
- ÖSTERREICHISCHES STUDIENZENTRUM FÜR FRIEDEN UND KONFLIKTLÖSUNG (2009): *Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?* LIT Verlag, Wien.
- SIMMEL, Georg (1907): *Exkurs über den Fremden*, in: *ders., Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe*, Bd. 11, Frankfurt a.M., S. 764–771.
- VEREINTE NATIONEN (2008): *Weltbericht*, Bonn.